

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Thomas Wolff (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV)

Änderungsantrag zu GS-WG-01

Von Zeile 89 bis 95:

Ein gerechtes Steuersystem sorgt dafür, dass alle nach ihrer Leistungskraft zu einer intakten und funktionierenden Gesellschaft beitragen. Hier liegt in Deutschland jedoch einiges im Argen. Arbeit wird bei uns häufig höher besteuert als Zinsen und Renditen. Das wollen wir Grünen ändern. Kapitalerträge sollen mit dem persönlichen Einkommenssteuersatz belegt werden.

Ein gerechtes Steuersystem muss andererseits auch Fördermaßnahmen fair und gerecht verteilen. Steuerliche Förderungen – zum Beispiel von Aus- und Weiterbildung – begünstigen diejenigen am meisten, die schon am meisten haben, und bleiben denen vorenthalten, die keine Einkünfte haben. Gerecht wäre eine einheitliche, nicht einkommens- und steuerabhängige Förderung persönlicher Investitionen in die eigene Bildung.

~~Ein gerechtes Steuersystem sorgt dafür, dass alle nach ihrer Leistungskraft zu einer intakten und funktionierenden Gesellschaft beitragen. Hier liegt in Deutschland jedoch einiges im Argen. Arbeit wird bei uns häufig höher besteuert als Zinsen und Renditen. Das wollen wir Grünen ändern. Kapitalerträge sollen mit dem persönlichen Einkommenssteuersatz belegt werden. Noch~~
Noch immer gehen uns hohe Steuereinnahmen verloren. Mit aggressiven Steuertricks, dem Bankgeheimnis und den Steuerdumpingländern gibt es gerade für Superreiche

Nach Zeile 105 einfügen:

Begründung

Warum wird z.B. die Anschaffung von Fachliteratur bei Gutverdienern mit 42% bezuschusst, bei Student*innen und Auszubildenden mit 0%? Das ist nicht gerecht.

Die Umstellung des steuerbezogenen Förderungsprinzips auf sachbezogene Abzüge wäre zwar ein Wechsel in der Steuersystematik. Jedoch ist dieses gerechtere System durchaus auch jetzt schon im Steuerrecht verankert, nämlich ausgerechnet für Parteispenden; hier besteht die mit 50% konstante Abzugsfähigkeit, so dass möglichst viele Bürger*innen bei maximalem Zuschuss spenden können – eine bemerkenswerte und peinliche Selbstprivilegierung der Politik.

Unterstützer*innen

Andreas Sieg (Berlin-Neukölln KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Kerstin Dehne (München KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Flor Diez-Hurtado (Bielefeld KV); Annette Muggenthaler (Karlsruhe KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Mathias Verheyen (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Joachim Schmitt (Berlin-

Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Simon Dylla (Main-Taunus KV); Manuel Mörs (Schleswig-Flensburg KV); Dietmar Ferger (Lörrach KV)